



Nr. 5

6. Februar 2013

Inhalt

dbb Chef Dauderstädt trifft DGB-Chef Sommer+++
Auftakt der Einkommensrunde Länder 2013 ohne
Arbeitgeberangebot beendet – Russ: Chance vertan+++
Russ bekräftigt dbb Forderung beim Start der Tarifverhandlungen
in Hessen: Keine rote Laterne für die Beschäftigten im
hessischen Landesdienst!+++
dbb jugend fordert Dienstherrn und Arbeitgeber zu Teilnahme
am Girls`/Boys` Day auf+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Reaktionen zum ergebnislosen Auftakt der Einkommensrunde
Länder 2013 - Kein Verständnis für Verhalten der TdL-Vertreter+++
dbb berlin bittet um Erörterung des Senats-Berichts über die
Einkommensverhältnisse von Männern und Frauen+++
DPoIG fordert grenzüberschreitende Kooperation europäischer
Sicherheitsbehörden im Kampf gegen Drogenkriminalität+++
GDL weist Kritik der Allianz pro Schiene am Eisenbahn-
Bundesamt (EBA) zurück: Sicherheit bei Zulassungsverfahren
geht vor+++
DPoIG Bundespolizeigewerkschaft fordert Abschaffung der
Privatisierung der Luftsicherheitskontrollen: Hoheitliche Aufgaben zurück in
hoheitliche Hände+++
Erfolg für die DPVKOM – Bundesnetzagentur soll Arbeitsbedingungen im Briefmarkt
untersuchen+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

Namen und Nachrichten +++

dbb Chef Dauderstädt trifft DGB-Chef Sommer

(dbb) Die Vorsitzenden der beiden größten deutschen gewerkschaftlichen Dachverbände, dbb Chef Klaus Dauderstädt und DGB-Chef Michael Sommer, haben sich am 5. Februar 2013 in Berlin zu einem Gespräch getroffen. Am Sitz des DGB-Bundesvorstands diskutierten sie unter anderem die laufende Einkommensrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder.

Weitere Themen waren nationale und internationale Berührungspunkte für die Arbeit der beiden gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, insbesondere Fragen über mögliche Ko-

operationen im Hinblick auf die diesjährigen Bundestagswahlen. Die Partner vereinbarten, die Gespräche bald fortzusetzen.
(01/05/13)

Auftakt der Einkommensrunde Länder 2013 ohne Arbeitgeberangebot beendet – Russ: Chance vertan

(dbb) Das Auftaktgespräch zur Einkommensrunde für die Beschäftigten der Länder ist am 31. Januar 2013 in Berlin zu Ende gegangen, ohne dass die Arbeitgeber ein Angebot vorgelegt haben. „Dieses Vorgehen ist zwar nicht neu, enttäuscht sind wir trotzdem“, kritisierte dbb-Verhandlungsführer Willi Russ, „die Tarifgemeinschaft deutscher Länder hat damit die erste Chance vertan, zügig eine Einigung zu erarbeiten. Jetzt haben wir Mitte Februar und Anfang März noch je eine Verhandlungsrunde. Das ist wenig genug, um einen fairen Interessenabgleich zu versuchen.“

dbb-Vize Russ wies das Arbeitgeber-Argument der leeren öffentlichen Kassen erneut entschieden zurück: „Aktuell unterscheidet sich Deutschland europaweit von seinen Nachbarn dadurch, dass unsere Wirtschaft boomt und folglich auch die öffentlichen Haushalte enorm profitieren. Dieser Erfolg ist auch unser Erfolg. Es ist der öffentliche Dienst in Deutschland, der verlässliche Strukturen bundesweit bereit hält. Das geht nicht zum Nulltarif.“

Russ wies auch auf den wachsenden Wettbewerb bei der Gewinnung von Fachkräften hin: „Wir brauchen Strukturen, die für junge Leute attraktiv sind. Das gilt im Verhältnis zur Pri-

vatwirtschaft, das gilt aber auch im Verhältnis der Länder zu Bund und Kommunen. Hier wird es sich die TdL kaum leisten können, auf verlässliche Übernahmeregelungen zu verzichten.“

Der dbb-Verhandlungsführer machte zudem noch einmal deutlich, dass für den dbb die Einkommensrunde 2013 erst dann zu Ende sei, wenn auch für die Beamtinnen und Beamten im Kommunal- und Landesdienst eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des materiellen Gehalts der Tarifeinigung erzielt worden sei. Die zweite Verhandlungsrunde beginnt am 14. Februar 2013.
(02/05/13)

Russ bekräftigt dbb Forderung beim Start der Tarifverhandlungen in Hessen: Keine rote Laterne für die Beschäftigten im hessischen Landesdienst!

(dbb) Auch für das Land Hessen deutet sich in den Tarifverhandlungen für die rund 45 000 Beschäftigten im Landesdienst eine harte Auseinandersetzung an. Wie beim Auftakt der Verhandlungen des dbb mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) am 31. Januar 2013 in Berlin, verzichtet das Land Hessen am 1. Februar 2013 in Wiesbaden darauf, ein Angebot vorzulegen.

Zum Auftakt der Verhandlungsrunde hatte der Fachvorstand Tarifpolitik und Zweite Vorsitzende des dbb, Willi Russ, als Verhandlungsführer dem hessischen Innenminister Boris

Rhein die Forderungen des dbb erläutert. Hierzu gehören eine Erhöhung der Tabellenentgelte um 6,5 Prozent und eine soziale Komponente, die Erhöhung der Ausbildungsvergütung

um 100 Euro sowie die Übernahme aller Auszubildenden. Weitere Forderungen sind die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des materiellen Gehalts des Tarifiergebnisses auf den Beamtenbereich, die Übernahme aller Auszubildenden im Landesbereich und die Schaffung einer Grundtarifizierung für Lehrkräfte. „Hessen soll nicht am Schluss die rote Laterne bekommen, wir wollen auch hier unseren Slogan ‚Starke Länder – faire Löhne‘ in die Tat umsetzen“, bekräftigte Russ.

An die Adresse des hessischen Innenministers und Verhandlungsführers der Arbeitgeber, Boris Rhein, gerichtet, fügte Russ hinzu: „Es darf keine Abkopplung der Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst Hessens von der Einkommensentwicklung in Bund und Kommunen oder in den anderen Bundeslän-

dern geben. Denn auch hier sorgen Krankenschwestern, Straßenwärter, Lehrer und Beschäftigte bei Polizei, Justiz und in der Steuerverwaltung tagtäglich dafür, dass das Land funktioniert. Und wer für diese wichtigen Berufe auch künftig geeigneten Nachwuchs gewinnen will, sollte sich auch unserer Forderung nach Anhebung der Ausbildungsentgelte nicht verschließen.“

Nach dem Wiedereintritt Berlins zu Jahresbeginn ist Hessen als einziges Bundesland nicht Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und muss deshalb separate Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes führen. Die zweite Verhandlungsrunde wird vermutlich am 22. Februar 2013 stattfinden.
(03/05/13)

dbb jugend fordert Dienstherrn und Arbeitgeber zu Teilnahme am Girls´/Boys´Day auf

(dbb) Die dbb jugend ruft sowohl die Dienstherrn und Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes als auch Schülerinnen und Schüler auf, sich an den Zukunftstagen „Boys‘ Day“ und „Girls‘ Day“ am 25. April 2013 zu beteiligen. Mädchen und Jungen können an diesem Aktionstag Berufe insbesondere in bislang eher geschlechtsuntypischen Bereichen erkunden: Mädchen schnuppern bei Technik, IT, Handwerk und Naturwissenschaften hinein, Jungen informieren sich über sozial-erzieherische Berufe oder etwa die Bereiche Medizin und Pflege.

„Es ist bekannt, dass Rollenklischees bereits in der Kinder- und Jugendzeit ihren Ursprung haben – auch, was die Job-Wahl angeht. Mädchen entscheiden sich trotz statistisch besserer Schulabschlüsse hauptsächlich für Dienstleistungsberufe mit eher geringen Karriere- und Verdienstmöglichkeiten, Jungen dagegen wählen meist aus dem Spektrum an technischen Berufsgruppen aus“, erläuterte dbb jugend-Chefin Sandra Kothe am 4. Februar 2013. In der Folge verdienen Frauen meist weniger als Männer, und wenn es dann später um die Familienarbeit gehe, seien es eher die Frauen, die ihre berufliche Tätigkeit einschränken oder aufgeben, weil der finanzielle Verlust relativ gering ist. „Diese Unterbrechung oder gar Auf-

gabe der beruflichen Tätigkeit führt teilweise zum absoluten Stillstand des eigenen beruflichen Fortkommens und zu Einbußen beim Alterseinkommen. Diesen Kreislauf müssen wir aufbrechen, indem wir zeigen, dass jedes Geschlecht in jedem Job reüssieren kann. Boys‘ und Girls‘ Day sind hier wichtige Instrumente, um objektiv zu informieren und Denkblockaden aufzulösen“, so Kothe.

Dienstherrn und Arbeitgeber können ihre Projekte zu den Zukunftstagen unter www.boys-day.de und www.girls-day.de eintragen, Schülerinnen und Schüler finden hier weitgehende Informationen.
(04/05/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Reaktionen zum ergebnislosen Auftakt der Einkommensrunde Länder 2013 - Kein Verständnis für Verhalten der TdL-Vertreter

(dbb) Das Verhalten der Arbeitgeberseite - die Vertreter der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hatten am 31. Januar 2013 die erste Runde der Tarifverhandlungen für die Länderbeschäftigten ohne Angebot verstreichen lassen – hat nicht nur bei der dbb Verhandlungskommission für Enttäuschung gesorgt. Auch Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften äußerten ihr Unverständnis.

„Diese Blockadehaltung bringt uns nicht weiter, das zeugt von mangelndem Respekt gegenüber allen Beschäftigten“, empörte sich der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), Rolf Habermann, am 31. Januar 2013 in München. „Unsere Forderung ist sorgfältig vorbereitet, fundiert begründet und auch der Arbeitgeberseite seit langem bekannt.“

Friedhelm Schäfer, der Vorsitzende des Niedersächsischen Beamtenbund und Tarifunion NBB, richtete seinen Blick noch am Tag der ergebnislos verlaufenen Auftaktrunde auf die Landesbeamten. „Nach einem Abschluss für die Tarifbeschäftigten der Länder, für die die Verhandlungen am heutigen Tag mit der üblichen Ergebnislosigkeit begonnen haben, ist die zeitgleiche Übertragung des materiellen Gehalts des Abschlusses auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger/innen des Landes Niedersachsen und seiner Kommunen das Mindeste, was wir als NBB erwarten.“ Sollte die neue niedersächsische Landesregierung, ähnlich wie beispielsweise die in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bremen eine solche „1:1-Übertragung“ nicht nur in Frage stellen, sondern die beamteten Beschäftigten erneut von der Einkommens-

mentwicklung abkoppeln, werde sie mit dem erheblichen Widerstand des NBB rechnen müssen, so Schäfer weiter. „Wir sind nicht bereit, Wahlversprechen zu finanzieren. Die Zeit für warme Worte ist schon lange abgelaufen, es zählen nur noch harte Fakten, also deutlich höhere Beträge auf den Kontoauszügen.“

„Auch wenn die Gespräche sachlich verlaufen sind – damit, dass die Arbeitgeber kein Angebot vorgelegt haben, ist eine Chance auf eine schnelle Einigung vertan worden“, bedauerte der Bundesvorsitzende des Verband Bildung und Erziehung VBE, Udo Beckmann, am 31. Januar 2013. „Dass dem Thema Grundtarifierung für den Lehrerbereich bei den Gesprächen ein großer Raum eingeräumt wird, lässt jedoch hoffen. Es muss endlich Schluss damit sein, dass den Lehrern ein Tarifvertrag vorenthalten wird und jedes Land nach Gutsherrenart verfährt und den Pädagogen aufgrund eigener Richtlinien ein Gehalt zahlt. Die Eingruppierung der tarifbeschäftigten Lehrkräfte wird bei den kommenden Gesprächen in Potsdam weiter im Fokus stehen.“

(05/05/13)

dbb berlin bittet um Erörterung des Senats-Berichts über die Einkommensverhältnisse von Männern und Frauen

(dbb) Der dbb berlin hat Innensenator Frank Henkel und Finanzsenator Ulrich Nußbaum am 6. Februar 2013 um Erörterung des Berichts des Senats an das Abgeordnetenhaus über die Einkommensverhältnisse von Männern und Frauen gebeten. Wie der dbb berlin aus einer Pressemitteilung der Senatsverwaltung erfahren hat, enthält der auf Vorschlag der Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat, beschlossene Bericht die Vorgaben für ein Maßnahmenbündel zur Beseitigung der Entgeltungleichheit von Frauen und Männern auch im öffentlichen Dienst.

dbb Landeschef Joachim Jetschmann begründete den Wunsch nach einer gemeinsamen Erörterung mit dem Hinweis, dass für die

Grundfragen der Bezahlungsbedingungen der Landesbeamtinnen und Landesbeamten der Innensenator sowie für die Tarifbeschäftigten

der Finanzsenator für zuständig sind: „In einem gemeinsamen Gespräch ist es möglich, die beabsichtigten besoldungspolitischen und tarifpolitischen Maßnahmen kennenzulernen und durch entsprechende eigene Initiativen fördern zu können“, so Jetschmann.

Der dbb berlin hatte bereits am 5. Juni 2012 im beamtenpolitischen Grundsatzgespräch mit

Innensenator Frank Henkel angeregt, dass der nächste Gender Datenreport des Landes Berlin im Abschnitt "Einkommen und Verdienste" auch den öffentlichen Dienst neben den bereits ausgewählten dreizehn Wirtschaftsbereichen berücksichtigt. Damit sollten die Entgeltunterschiede zwischen Männern und Frauen im öffentlichen Dienst dargestellt werden.
(06/05/13)

DPolG fordert grenzüberschreitende Kooperation europäischer Sicherheitsbehörden im Kampf gegen Drogenkriminalität

(dbb) „Kriminelle machen längst nicht mehr Halt vor Grenzen. In Europa haben sie es dabei besonders leicht. Ohne grenzüberschreitende Kooperation der Sicherheitsbehörden der einzelnen Länder ist der Kampf gegen Drogen unmöglich“, kommentierte der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) Rainer Wendt am 4. Februar 2013 die Ergebnisse eines aktuellen Berichts, den die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD) zusammen mit Europol herausgegeben hat.

„Die kriminellen Strukturen in Europa spielen eine führende Rolle bei der Herstellung und Verbreitung von verschiedensten illegalen Drogen wie Heroin und Cannabis“, so Wendt weiter. Dabei passe sich das organisierte Verbrechen mehr und mehr den Möglichkeiten der Globalisierung an und erschwere so die Strafverfolgung. Der Bericht liefere zahlreiche Informationen die gebraucht werden um die kriminellen Strukturen besser zu verstehen und gegen sie vorgehen zu können: „Drogenhändler arbeiten heute erschreckend professionell. Die Strukturen ändern sich laufend und alte Praktiken werden zu Gunsten neuer Methoden aufgegeben. Die Polizei muss hier dringend auf dem Laufenden sein, um die Drogenproblematik effizient bekämpfen zu können.“ Deshalb sei es notwendig, dass die Strafverfolgungsbehörden noch stärker ihre grenzüberschreitende Zusammenarbeit verstärken, mahnte der DPolG-Chef. „Häufig sind die einzelnen Informationen da, aber sie werden nicht zu einem großen Ganzen zusammengefügt. Wir brauchen aber das komplette Bild, um wirkliche

Erfolge zu haben.“ Die Arbeit von EBDD und Europol sei ein nicht zu unterschätzender Beitrag. „Hier wird ein Schlaglicht auf bisher undurchsichtige Strukturen geworfen.“ Diese wichtige Arbeit müsste künftig fortgeführt werden.

Zusätzlich sei es notwendig, dass die Politik eine entsprechende personelle und technische Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden gewährleiste. „Drogen sind ein gesamtgesellschaftliches Problem. Hier müssen eher mehr als weniger Mittel zur Bekämpfung eingesetzt werden“, forderte Wendt. Vor allem bezüglich technischer Möglichkeiten seien die Strafverfolgungsbehörden häufig nicht auf Augenhöhe mit dem organisierten Verbrechen. „Die Kriminellen sind in ihrer technischen Ausstattung und ihren Strategien und Möglichkeiten etwa für den Drogentransport der Polizei häufig einen Schritt voraus. Das muss sich dringend ändern“, bekräftigte Wendt.
(07/05/13)

GDL weist Kritik der Allianz pro Schiene am Eisenbahn-Bundesamt (EBA) zurück: Sicherheit bei Zulassungsverfahren geht vor

(dbb) „Wir können froh sein, dass wir in Deutschland eine unabhängige und funktionierende Behörde wie das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) haben. Ein Amt, das sich nicht von den Lobbyisten der Bahnindustrie und Eisenbahnunternehmen einschüchtern lässt“, sagte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) Claus Welsky am 31. Januar 2013 und widersprach mit dieser Klarstellung einer Einschätzung

der Allianz pro Schiene (ApS), obwohl auch die GDL diesem Verband angehört. Die ApS hatte zuvor bürokratische Hürden in der Zulassungspraxis des für die Inbetriebnahme neuer Züge zuständigen EBA kritisiert, die besonders von ausländischen Zugerstellern „mit großem Misstrauen“ betrachtet würden. „Die ApS tritt hier als Lobbyist für ihre Mitglieder der international operierenden Hersteller auf. Für die GDL steht jedoch die Sicherheit ihrer Mitglieder und der Fahrgäste an der ersten Stelle“, machte der GDL-Bundesvorsitzende, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist, deutlich.

„Wir reden in allen Fällen von Fahrzeugzulassungen von der unabdingbaren Gewährung zuverlässiger, sicherer Eisenbahntechnik“, so Weselsky. „Dabei können wir die Zugersteller ja noch verstehen, die die langen Zulassungsverfahren begleiten müssen. Es liegt hauptsächlich an der immer größeren Fahrzeugvielfalt auf unseren Schienen. Die Ausstattungswünsche der Eisenbahnunternehmen oder der Aufgabenträger im Schienenpersonennahverkehr haben ausufernde Dimensionen angenommen. Und diese Fahrzeugvielfalt benötigt eben ständig neue Zulassungsverfahren durch das EBA.“

Dem EBA fehle jedoch das entsprechende Personal, erläuterte der GDL-Chef. Seit 1994

sei der Personalbestand des EBAs bei gleichzeitiger Übernahme neuer Aufgaben um 30 Prozent reduziert worden. Gleichzeitig habe sich seit der Bahnreform der gesamte Eisenbahnmarkt wesentlich geändert. „Inzwischen sind rund 400 Unternehmen mit einer Vielzahl unterschiedlicher Fahrzeuge auf dem deutschen Schienennetz tätig. Die Aufgaben für das EBA sind in den vergangenen Jahren zudem insgesamt erheblich komplexer und umfangreicher geworden. Die GDL fordert daher, dass das EBA personell und finanziell so ausgestattet wird, dass es die ihm zugewiesenen Aufgaben in qualitativ hochwertiger Form und in angemessener Zeit erledigen kann.“

(08/05/13)

DPoIG Bundespolizeigewerkschaft fordert Abschaffung der Privatisierung der Luftsicherheitskontrollen: Hoheitliche Aufgaben zurück in hoheitliche Hände

(dbb) Der Vorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft Ernst G. Walter hat die von Flughafenbetreibern und Fluggesellschaften geübte Kritik an der Bundespolizei als scheinheilig zurückgewiesen und die Rückführung der Sicherheitskontrollen in staatliche Hände gefordert. Während der Streiks von Beschäftigten privater Sicherheitsdienstleister hatten insbesondere die Chefs der Flughäfen Köln/Bonn, Düsseldorf und Hamburg schwere Vorwürfe gegen die Bundespolizei erhoben, weil sie nicht für entsprechendes Ersatzpersonal gesorgt habe.

„Erst drängen Flughafenbetreiber und Fluggesellschaften den Bund in die Privatisierung hoheitlicher Aufgaben, um die Sicherheitsgebühren für die Luftsicherheitskontrollen unter Inkaufnahme von Billiglöhnen und mehr als nur fragwürdigen Arbeitsbedingungen künstlich niedrig zu halten. Jetzt fordern sie plötzlich wieder die eigene Aufgabenwahrnehmung durch den Bund ein. Tatsächlich wäre es mehr als sinnvoll, künftig wieder bundeseigenes Personal einzustellen und auszubilden,“ sagte Walter am 29. Januar 2013 in Berlin.

„Bei den Luftsicherheitskontrollen von Passagieren auf deutschen Flughäfen handelt es sich

eindeutig um per Gesetz zugewiesene hoheitliche Aufgaben, die nach unserer Auffassung ausschließlich von Beschäftigten des Bundes oder der Länder wahrzunehmen sind“, so Walter. Der Gewerkschaftsvorsitzende ist zudem fest davon überzeugt, dass die Übertragung der Luftsicherheitskontrollen an private Sicherheitsdienste den Bund auf Dauer teurer zu stehen komme, als der Einsatz eigenen Personals: „Bei gleichen Arbeitsbedingungen und gleicher Entlohnung ist eine Privatfirma immer teurer, weil sie im Gegensatz zum Bund schließlich auch noch Gewinne generieren muss.“

(09/05/13)

Erfolg für die DPVKOM – Bundesnetzagentur soll Arbeitsbedingungen im Briefmarkt untersuchen

(dbb) Der Einsatz der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) für eine umfassende Untersuchung der Arbeitsbedingungen im Briefsektor hat sich ausgezahlt. Nachdem ihr zuständiger Beirat die Bundesnetzagentur Ende Januar 2013 per Mehrheitsbeschluss dazu aufgefordert hatte, noch in diesem Jahr eine sogenannte Vollerhebung der Arbeitsbedingungen bei den im Postmarkt tätigen Unternehmen durchzuführen, sei eine wesentliche Forderung der DPVKOM nun endlich erfüllt worden, heißt es in einer Mitteilung der Gewerkschaft vom 31. Januar 2013. Der DPVKOM-Bundesvorsitzende Volker Geyer hatte in mehreren Gesprächen mit Politikern immer wieder auf die Notwendigkeit einer neuen Untersuchung hingewiesen.

Nach Auffassung der DPVKOM ist es dringend erforderlich, dass die Bundesnetzagentur die Arbeitsbedingungen im Postmarkt wirksam kontrolliert und gemäß § 6 des Postgesetzes handelt. Nach dieser sogenannten Sozialklausel darf die Bundesnetzagentur eine Lizenz für Briefdienstleistungen nur dann erteilen, wenn beim antragstellenden Unternehmen die marktüblichen Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten nicht unterschritten werden. Angesichts der von einigen Konkurrenzunternehmen der Deutschen Post gezahlten, zum Teil sittenwidrigen Löhne von weniger als acht Euro besteht hier dringender Handlungsbedarf. So vergibt die Bundesnetzagentur nach wie vor

Lizenzen an Unternehmen, obwohl sie weiß, dass dort sittenwidrige Löhne gezahlt werden. Aus Sicht der DPVKOM ist das nicht länger hinnehmbar.

Durch die Vollerhebung, bei der die Bundesnetzagentur auch die Arbeitsbedingungen bei den zahlreichen Subunternehmen zu ermitteln hat, besteht nun die Möglichkeit, aktuelle und verlässliche Daten über die derzeitigen Beschäftigungsbedingungen auf dem Postmarkt zu erhalten. Zuletzt wurden die Arbeitsbedingungen auf dem Postmarkt im Jahre 2008 untersucht.
(10/05/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) Mit Urteil vom 31. Januar 2013 (BVerwG 2 C 10.12) hat **Bundesverwaltungsgericht** in Leipzig entschieden, dass Beamte nach den Maßgaben der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) einen Anspruch auf Abgeltung des unionsrechtlich gewährleisteten Mindesturlaubs haben, den sie krankheitsbedingt bis zum Eintritt in den Ruhestand nicht mehr nehmen konnten. In seiner Begründung hat das Gericht zugleich die Voraussetzungen und Rechtsfolgen dieses Anspruchs, der sich aus der sogenannten Arbeitszeitrichtlinie (Art. 7 Abs. 2 der Richtlinie 2003/88/EG) ergibt, konkretisiert. Der Kläger, ein Polizeibeamter, war Mitte 2008 wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand getreten, nachdem er zuvor rund ein Jahr lang dienstunfähig erkrankt war.

Der **dbb** unterstützt Personalratsmitglieder aus seinen Fachgewerkschaften regelmäßig mit Fachinformationen rund um das Aufgabengebiet ihres Mandates. Dieser Tradition folgend, wird auch 2013 eine Staffel neu aufgelegt

Personalratsbriefe erscheinen. Im Einzelnen werden folgende Themen behandelt: **Personalratsschulungen** (Versand: April 2013), **Personalversammlungen** (Versand: Juni 2013), **Dienstvereinbarungen** (Versand: September 2013) sowie **Personalrat und Betriebliches Eingliederungsmanagement** (Versand: Dezember 2013). Die Briefe werden als kostenpflichtige Print-Version (0.10 Euro pro Printexemplar inkl. MWSt zzgl. Versandkosten) aufgelegt, stehen darüber hinaus auch als kostenlose Datei-Version zur Verfügung. Bestellungen sind bis zum 15. März 2013 möglich. Weitere Informationen: Sandy Reitzl, dbb GB 5, Stichwort Personalratsbriefe, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Fax: 030.4081-4759, Email: reitzlsa@dbb.de.

Der **dbb** und seine Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten VDStr haben sich am 4. Februar 2013 in Dresden mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband Sachsen (KAV Sachsen) über den Neuabschluss des landesbezirklichen Tarifvertrages für Beschäf-

tigte beim Bau und Unterhaltung von Straßen der Landkreise geeinigt. Damit konnten wichtige strukturelle Verbesserungen bei den Einkommen und im Bereich der Zulagen durchgesetzt werden. Der Änderungstarifvertrag wird rückwirkend zum Januar 2013 in Kraft treten, so dass die allgemeine Tarifierhöhung zum 1. Januar 2013 Wirkung entfaltet. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 36 Monaten und kann erstmals zum 31. Dezember 2016 gekündigt werden.

Claus Weselsky, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat breite Unterstützung für das neue, mittlerweile vierte Eisenbahnpaket der EU-Kommission gefordert. „Die Vorschläge der Europäischen Kommission könnten zu einem fundamentalen Wandel der Eisenbahnlandschaft in Europa führen. Dazu bedarf es aber auch der Kooperationsbereitschaft der Mitgliedstaaten“, mahnte der GDL-Chef, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist, am 30. Januar 2013. „Verkehrskommissar Siim Kallas hat Recht, wenn er jetzt konsequente Entscheidungen für den Schienenverkehr fordert. Ein ‚Weiter so!‘ kann und darf es nicht geben. Die Bahn steht einerseits in direkter Konkurrenz mit anderen Bahnen und andererseits mit anderen Verkehrsträgern und muss daher deutlich wettbewerbsfähigere Rahmenbedingungen erhalten.“

Der **Thüringer Beamtenbund tbb** hat die Verabschiedung des Landes-Doppelhaushaltes für die Jahre 2013 und 2014 am 25. Januar 2013 zum Anlass genommen, auf seiner Homepage ausführlich über die Einzelheiten der Haushaltsplanung und ihre Auswirkungen für den öffentlichen Dienst des Landes zu informieren. Der Doppelhaushalt, der erst nach monatelangen Diskussionen und einer 22-stündigen Debatte den Landtag passierte, soll bewirken, dass Thüringen 2013/14 keine neuen Schulden aufnehmen muss und erstmals Kredite in Höhe von insgesamt 130 Millionen Euro tilgen kann. Notwendige Einsparungen sollen unter anderem durch weitere Stelleinsparungen im Landesdienst, ein Angebot zum vorzeitigen Ruhestand für Lehrer und strukturelle Reformen erreicht werden. Positiv bewertet der tbb, dass endlich wieder Einzahlungen in den Pensionsfond vorgenommen werden. Damit werde einer langjährigen Forderung des tbb nachgekommen, heißt es in

der Mitteilung des dbb Landesbundes vom 31. Januar 2013.

Ralf Roggenbuck, der Vorsitzende des dbb brandenburg, ist am 4. Februar 2013 mit Harald Schaefer, dem Bezirksverbandsvorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft für Berlin und Brandenburg zusammengetroffen. Hauptthema der Unterredung waren die zum Teil unzumutbaren Bedingungen, unter denen die Bundespolizisten nach der Verschiebung der Eröffnung des Hauptstadtflughafens BER an den bestehenden Berliner Flughäfen ihren Dienst versehen müssen. In den Bundespolizeiinspektionen der Airports Tegel und Schönefeld sei mit Blick auf eine zeitnahe Inbetriebnahme des BER schon seit geraumer Zeit nichts mehr investiert worden, erklärte Schaefer. Die Bundespolizisten müssten ihre Acht-Stunden-Schicht etwa in einem fensterlosen Raum mit altem Inventar zubringen. Ralf Roggenbuck versicherte Harald Schaefer, dass der dbb brandenburg die Forderungen der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft unterstützen werde. „Es ist wichtig, jetzt schnell eine tragbare Lösung für die nächste Zeit der Nutzung und die Arbeit auf den beiden alten Flughäfen zu schaffen“, bilanzierte der dbb Landeschef. (11/05/13)